

Positionspapier der Bundesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen e.V. zu den Handlungsfeldern des Communiques „Frühe Bildung weiterentwickeln und finanziell sichern“

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen ist der Zusammenschluss von 29 Kontakt- und Beratungsstellen sowie Landesarbeitsgemeinschaften für Elterninitiativen in Deutschland. Sie versteht sich als Interessensvertretung für die besondere Trägerform Elterninitiativen.

Diese Trägerform hat sich mit über 4.500 Einrichtungen laut Bundesstatistik 2015 (und einigen mehr die dort nicht erfasst werden, z.B. in der Schulkinderbetreuung) seit nun fast 50 Jahren in Deutschland etabliert. Sie hat sich dabei gewandelt und an die sich verändernden Lebens- und Familienwirklichkeiten angepasst. Sie lebt seit jeher vom Engagement der beteiligten Familien und Akteure und ist durch die Vereinsform „gelebte“ Demokratie.

Zur den Handlungsfeldern des oben genannten Communiques haben wir folgende Positionen:

1. Bedarfsgerechtes Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsangebot

Ein bedarfsgerechtes Angebot ist ja schon im SGB VIII festgeschrieben. Die Frage des Bedarfs sollte sich nicht nur an den Betreuungszeiten orientieren sondern auch z.B. an der Erreichbarkeit und Größe der Einrichtung. Die Überschaubarkeit der allermeisten Elterninitiativen (in der Regel haben sie 12 bis 30 Plätze) gewährleistet „diese“ Bedarfsbefriedigung für Familien. Die Jugendhilfeplanung sollte diese Faktoren im Blick haben – und auch das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern beachten (was nach unseren Erfahrungen nicht überall geschieht). Große Einrichtungen rechnen sich zwar auf den ersten Blick ökonomisch besser – Elterninitiativen sind aber durch das Engagement der Eltern (Übernahme von Verwaltungs- und Hausmeistertätigkeiten, Putzen, Kochen etc.) nicht teurer als größere Einrichtungen. Die hohe Identifikation der Familien mit „ihrer“ Einrichtung fördert das Engagement. Kleinere Einrichtungen sind aber auch im Interesse der Kinder, Eltern und Fachkräfte. Sie sind in Deutschland weit verbreitet – 2015 waren 43,4% aller Kitas Einrichtungen mit unter 50 Plätzen.

2. Inhaltliche Herausforderungen

Die Kindertagesbetreuung hat in den letzten Jahren einen bedeutenden Wandel erlebt – die Krippenbetreuung ist Standard geworden und damit hat sich auch die Kindheit (insbesondere in Westdeutschland) verändert. Inhaltlich steht das System Kindertagesbetreuung in Deutschland vor der Herausforderung einerseits seine gesellschaftliche Bedeutung zu betonen und dies auch in ausreichenden Finanzierungsströmen zu realisieren, andererseits die Kindertagesbetreuung als anderen und besonderen Bildungsort, der sich durch „zweckfreies“ Spiel auszeichnet, gegenüber ökonomischen Verwertungsdenken zu verteidigen. Die Angleichung der Standards in den Bundesländern muss vor diesem Hintergrund sehr sensibel erfolgen. Die vielfältige Trägerlandschaft und der Föderalismus haben auch Qualität hervorgebracht, die es zu erhalten und weiterzuentwickeln gilt.

3. Ein guter Fachkraft-Kind-Schlüssel

Der Fachkraft-Kind-Schlüssel ist der wichtigste Faktor der Strukturqualität. Die eklatanten Unterschiede zwischen den Bundesländern im Fachkraft-Kind-Schlüssel lassen sich nicht kurzfristig nivellieren. Ohne eine finanzielle Beteiligung des Bundes (der steuerlich stark von der Kitabetreuung profitiert) sind viele Länder und Kommunen (insbesondere in Ostdeutschland) überfordert den sehr kostenintensiven Fachkraft-Kind-Schlüssel substanziell anzuheben. Eine Absenkung der "guten" Schlüssel ist fachlich nicht vertretbar.

Mittelfristig halten wir eine erhebliche Finanzierungsbeitrag des Bundes an der Kita-Finanzierung für unumgänglich. Einen Nachweis der Zweckeinsetzung dieser Mittel durch die Bundesländer halten wir ebenso für zweckmäßig, die Teilschritte der Verbesserungen müssen je Bundesland ausgehandelt und transparent für alle Beteiligten (also auch die Träger) sein.

4. Qualifizierte Fachkräfte

Die Zahl der Fachkräfte hat sich in den letzten Jahren rasant entwickelt. Die Nachfrage übersteigt in größeren Städten oft den Bedarf – das bekommen auch die Elterninitiativen zu spüren.

Das erfordert die Ausbildung attraktiver zu machen, die Ausbildungskapazitäten zu erhöhen und bundesweit die Abschaffung des Schulgeldes an Fachschulen durchzusetzen – was eine 100%-Förderung von freien Fachschulen bedeutet. Insgesamt ist zu überdenken, ob die unvergütete schulische Ausbildung, die es nur noch in den Sozial-, Erziehungs- und Gesundheitsberufen gibt, nicht durch eine vergütete praxisintegrierte Ausbildung ersetzt werden muss. Ebenso halten wir die weitere Entwicklung von Quereinstiegen für dringend geboten – gerade Männer entscheiden sich erst in späteren Jahren für den Erzieherberuf. Elterninitiativen haben mit über 10% Männeranteil am Fachpersonal einen doppelt so hohen Anteil als er bundesweit ausgewiesen wird. Auch die Anerkennung ausländischer Abschlüsse und mögliche Nachqualifizierungen bedürfen erwachsengerechter und vergüteter Qualifizierungswege. Notwendig ist grundsätzlich eine bessere Unterstützung des Lernorts Praxis – die Einrichtungen müssen z.B. für Anleitung von Quereinsteigern Ressourcen bekommen.

Es sollte eine konstruktive Koexistenz von Hoch- und Fachschulen mit pädagogischen Ausbildungsgängen befördert werden und der Zugang zu Hochschulen für Menschen mit pädagogischer Vorbildung erleichtert werden. Zum erstrebenswerten Standard gehört auch die fachliche Vertiefung und Spezialisierung für ErzieherInnen mit Fachschulabschluss an den Hochschulen.

5. Stärkung der Leitung

Leitungsaufgaben fallen in allen Einrichtungsformen und Einrichtungsgrößen an. Auch Elterninitiativen müssen diese Aufgaben erfüllen – oft wird das im ErzieherInnen-Team getan und auch die Eltern übernehmen Teile der Aufgaben. Die Leitungsaufgaben müssen allgemein besser honoriert werden – wie sie innerhalb der Einrichtung aufgeteilt werden sollte nicht vorgegeben werden, sondern der kompetenten Einrichtung überlassen werden.

6. Räumliche Gestaltung

Hohe Raumstandards sind in der Regel anzustreben – aber es muss mit Augenmaß geschaut werden, ob sie auch immer sinnvoll sind und ob Ermessensspielraum genutzt werden kann. Darauf sind insbesondere Elterninitiativen angewiesen. Da sie oft Gewerberäumen nutzen sind die Fragen der Bereitstellung von Freiflächen und der Gestaltung der Küchen oft Knackpunkte für Neugründungen. Steigende Gewerbemieten in den Ballungszentren den Städten verstärken den Druck. Besondere Konzepte wie z.B. die weit verbreiteten Waldkindergärten bedürfen auch besonderer und flexibler Rahmenbedingungen. Auch hier sollten pädagogische Erwägungen und das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern Vorrang haben gegenüber übermäßigen Sicherheitsvorkehrungen.

7. Bildung, Entwicklungsförderung und Gesundheit

Hier sprechen wir uns für die Etablierung der selbstkochenden Küche als Standard in Kitas (unabhängig von deren Größe) aus. Diese Küchen ermöglichen die wünschenswerte Teilhabe der Kinder an der Essensplanung und –zubereitung.

Küchen in Kitas sollten deshalb bei allen notwendigen Sicherheitsvorkehrungen als offener Ort gerade auch für die Kinder definiert und gestaltet werden können. Küchen in kleinen Einrichtungen wie Elterninitiativen sind mit Gaststättenstandards (auch finanziell) überfordert.

9. Steuerung im System

Wie oben beschrieben gibt es eine bunte Landschaft der Kindertagesbetreuung, die historisch gewachsen ist. Systeme haben in der Regel ein Eigenleben – sie entziehen sich dem einfachen Zugriff. Bundesweit muss es ein Vertrauen in die Strukturen vor Ort geben – gegenüber den Kompetenzen der Erzieherinnen, Eltern, Einrichtungen und Verwaltung. Dem Unterstützungssystem Fachberatung kommt hier eine große Bedeutung zu. Die Fachberatung agiert als Schnittstelle zwischen den Kitas und Wissenschaft, Politik und Verwaltung. Da Eltern die Kitas selbstverantwortlich organisieren, umfasst die Beratung von Elterninitiativen auch zu einem großen Teil Organisations- und Trägerberatung. Die Fachberatung insgesamt muss ausgebaut und gesichert finanziert werden – für Elterninitiativen muss der Anspruch auf Fachberatung bundesweit anerkannt und finanziert werden.

Bundesweite Standardisierung im Kita-Bereich sollte sich grundsätzlich auf Kernpunkte beschränken und weite Spielräume offenlassen.

Eine angemessene und flexible Evaluation der Arbeit von Kitas sollte nicht als Bemessungs- und Vergleichskriterium, sondern als Unterstützungs- und Weiterentwicklungsinstrument für die Kitas verstanden werden. Die besonderen Trägerformen müssen dabei Berücksichtigung finden. Die BAGE hat z.B. ein eigenes „Rahmenkonzept zur besonderen Qualität von Elterninitiativen“ herausgegeben.

Kitas benötigen kein Ranking, sondern eine Evaluation die sie in ihrer Arbeit wertschätzt und ihnen ihre Entwicklungspotentiale aufzeigt. Ein Kita-Gütesiegel lehnen wir deswegen ab.

Qualität in Kitas entsteht nicht durch Bürokratie, sondern wird gefördert durch gute, unterstützende Rahmenbedingungen – die solide und dauerhaft gesamtgesellschaftlich finanziert sein müssen.

Berlin, den 24.5. 2016